

# DJV-NRW Bundestagskandidat:innen-Check: Medienpolitische Forderungen und Ziele zur Bundestagswahl 2021

## 1. Zu Ihrer Person \*

Anzahl Teilnehmer: 28

### 1. Spalte

Vor- und Nachname

- Andrea Kraljic
- Rüdiger Lucassen
- Udo Hemmelgarn
- Detlef Bauer
- Sascha Lensing
- Andrea Pousset
- Sebastian Landwehr
- Maximilian Kneller
- Michael Winterich
- Carl-Dietrich Korte
- Andreas Geitz
- Rainer Holfeld
- Peter Müller
- Otto Winfried Strauß
- Frederick Kühne
- Martin E. Renner
- Günter Koch
- Jessica Malisch
- Stefan Keuter
- Berengar Elsner v. Gronow
- Ulrich Lehmann
- Martin R. Renner
- Roger Beckamp
- Rgg
- Helmut Birke
- Dr. Michael Esendiller
- Fabian Jacobi
- Dennis Dinter

Partei

- Alternative für Deutschland
- AfD
- AfD
- AfD
- Alternative für Deutschland (AfD)
- AfD
- AfD
- AfD
- Alternative für Deutschland
- AfD
- AfD
- Alternative für Deutschland
- AfD
- AfD
- Alternative für Deutschland (AfD)
- Alternative für Deutschland
- Alternative für Deutschland
- AfD - Alternative für Deutschland
- Alternative für Deutschland
- Alternative für Deutschland
- Alternative für Deutschland
- AfD
- Chh
- Alternative für Deutschland (AfD)
- AfD
- AfD
- AfD

Wahlkreis Nr. (Falls Sie keinen Wahlkreis haben, bitte "Landesliste" eintragen.)

- Düsseldorf 106
- 92
- 135

- 135
- 125
- 115
- 119
- 134
- 132, Landeslistenplatz 16
- WK 88
- 139
- 138
- 116
- 109
- 147
- 103
- 104
- 137
- 105
- 120
- 146
- 144
- 104
- 98
- 456
- 129
- 126 (Borken II)
- 93
- Warendorf 130

2. 1. GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN UND BEZAHLUNG DURCH TARIFBINDUNG?

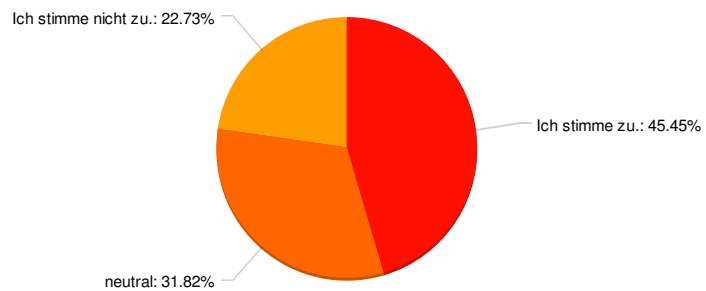
Guter Journalismus ist auf gute Journalist:innen angewiesen. Deshalb muss der Beruf attraktiv bleiben mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung. Tarifverträge sichern beides. Deshalb ist die Tarifbindung für Medienbetriebe unverzichtbar. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

10 (45.5%): Ich stimme zu.

7 (31.8%): neutral

5 (22.7%): Ich stimme nicht zu.



3. 2. KEINE FÖRDERUNG OHNE TARIFBINDUNG?

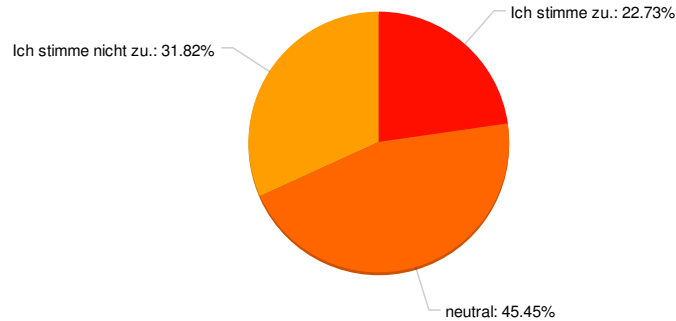
Viele Medienunternehmen haben die Tarifbindung aufgegeben oder unterlaufen sie. Damit schaden sie dem Journalismus. Unternehmen ohne Tarifbindung sollten grundsätzlich nicht mehr gefördert werden und das Umsatzsteuerprivileg verlieren. Befristete Ausnahmen kann es nur für Neugründungen geben. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

5 (22.7%): Ich stimme zu.

10 (45.5%): neutral

7 (31.8%): Ich stimme nicht zu.



4. 3. BESSERE BEZAHLUNG FÜR FREIE?

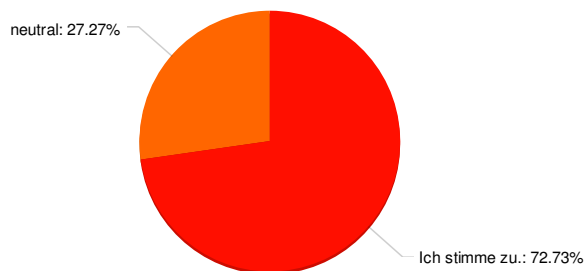
Freie Journalist:innen sind eine wesentliche Säule der Medien. Sie werden aber oft schlecht honoriert. Eine faire Bezahlung für Freie und Vergütungsregeln, die eine angemessene Bezahlung im Sinne des Urheberrechtsgesetzes vorsehen, sind ist daher unverzichtbar. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

16 (72.7%): Ich stimme zu.

6 (27.3%): neutral

- (0.0%): Ich stimme nicht zu.



5. 4. VERBANDSKLAGERECHT IN DAS URHEBERRECHT?

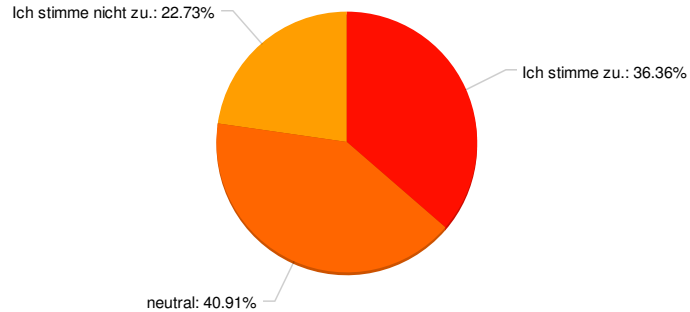
Urheber:innen müssen angemessen vergütet werden. Um die angemessene Vergütung zu gewährleisten, muss ein Verbandsklagerecht als neues Rechtsinstrument in das Urheberrecht aufgenommen werden. Davon profitieren vor allem auch freie Journalist:innen. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

8 (36.4%): Ich stimme zu.

9 (40.9%): neutral

5 (22.7%): Ich stimme nicht zu.



6. 5. MEHR SCHUTZ GEGEN BEDROHUNG?

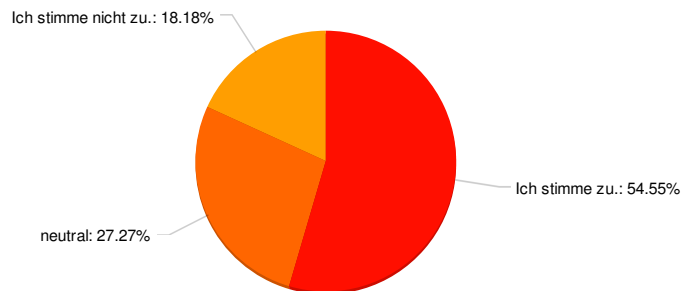
Die Pressefreiheit in Deutschland wird zusehends durch radikale Kräfte bedroht. Angriffe und Drohungen gegen Journalist:innen müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Dafür muss die Politik die Rahmenbedingungen zum Schutz der Kolleg:innen verbessern. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

12 (54.5%): Ich stimme zu.

6 (27.3%): neutral

4 (18.2%): Ich stimme nicht zu.



7. 6. BESSERER INFORMANTENSCHUTZ UND EIN UMFASSENDES ZEUGNISVERWEIGERUNGSRECHT?

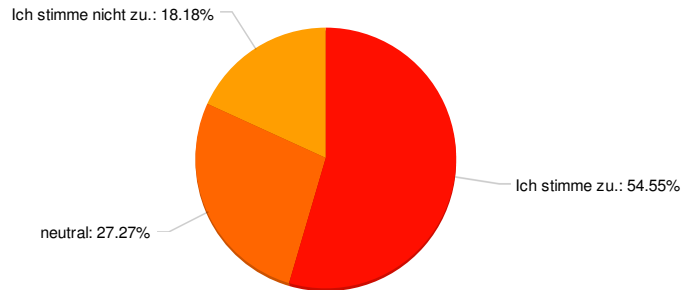
Um unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten ist ein wirksamer Informantenschutz unabdingbar. Journalist:innen brauchen ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht. Nachrichten und Telefongespräche von Journalist:innen dürfen von staatlichen Stellen nicht mitgelesen oder abgehört werden. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

12 (54.5%): Ich stimme zu.

6 (27.3%): neutral

4 (18.2%): Ich stimme nicht zu.



8. 7. BUNDESWEITES FÖRDERPROGRAMM FÜR LOKAL- UND REGIONALJOURNALISMUS?

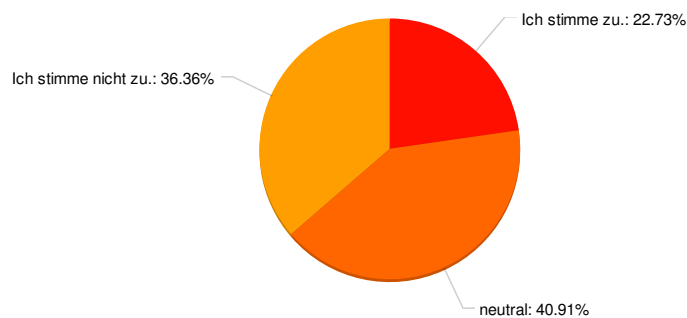
Die Medienvielfalt ist vor allem auf lokaler und regionaler Ebene gefährdet. Es wird ein bundesweites Förderprogramm für lokalen und regionalen Journalismus eingerichtet, um Recherchen, Produktionen und Innovationen sowie Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Die Förderung muss staatsfern organisiert werden und auf Basis formaler Qualitätsstandards allen Verbreitungswegen offenstehen. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

5 (22.7%): Ich stimme zu.

9 (40.9%): neutral

8 (36.4%): Ich stimme nicht zu.



9. 8. MEHR PERSPEKTIVEN FÜR UNSERE RADIOS IN DER DIGITALISIERUNG?

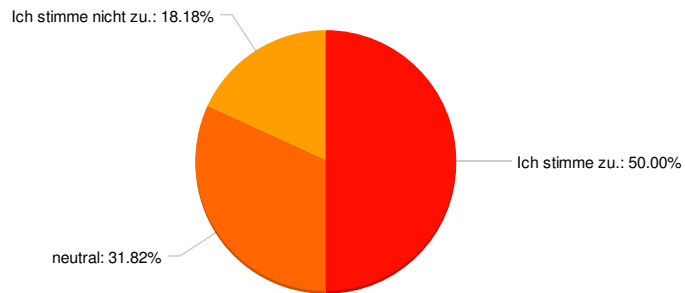
Der Audiomarkt ist so zu gestalten, dass lokale und regionale Radiosender Perspektiven in der digitalen Zukunft haben. Ihre spezielle Informationsleistung muss durch Förderprogramme, bevorzugte Auffindbarkeit auf allen Verbreitungswegen unterstützt werden. Organisationsformen, die gesellschaftliche Partizipation und publizistische Vielfalt ermöglichen (z.B. Zwei-Säulen-Modell NRW, freie Radios, nicht kommerzielle Audioangebote) sind zu erhalten und zu stärken. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

11 (50.0%): Ich stimme zu.

7 (31.8%): neutral

4 (18.2%): Ich stimme nicht zu.



10. 9. DEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK STÄRKEN?

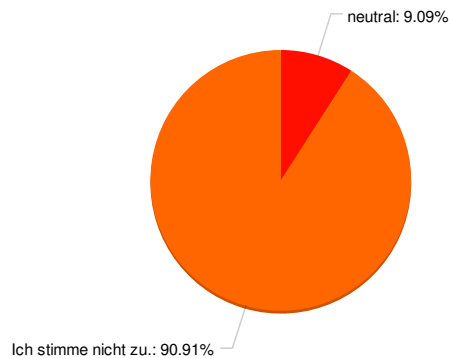
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unerlässlich für unserer Demokratie. Dieser muss deshalb in seiner bestehenden Form erhalten bleiben. Er ist auskömmlich zu finanzieren, um Qualitätsstandards zu garantieren. Die entsprechenden Empfehlungen der unabhängigen KEF<sup>1</sup> zur Anpassung der Rundfunkgebühren sind deshalb in voller Höhe umzusetzen. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

- (0.0%): Ich stimme zu.

2 (9.1%): neutral

20 (90.9%): Ich stimme nicht zu.



#### 11. 10. TENDENZSCHUTZ ABSCHAFFEN?

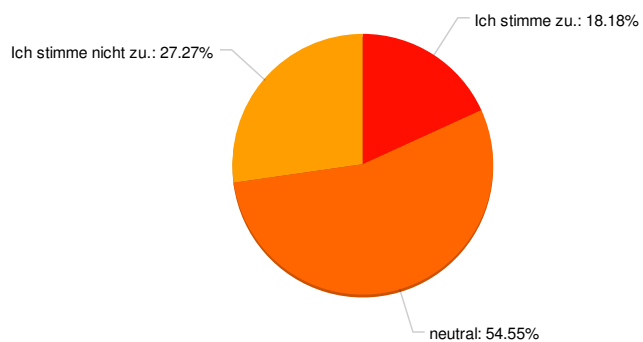
Der Tendenzschutz für Medienunternehmen ist nicht mehr gerechtfertigt und muss abgeschafft, zumindest aber deutlich eingeschränkt werden. Das stärkt die Mitbestimmung und schafft Transparenz. \*

Anzahl Teilnehmer: 22

4 (18.2%): Ich stimme zu.

12 (54.5%): neutral

6 (27.3%): Ich stimme nicht zu.



12. Angenommen, Sie werden gewählt und ziehen in den Bundestag ein. Für welche Forderungen und Ziele auf der vorherigen Seite würden Sie sich (als erstes) stark machen? \*

Anzahl Teilnehmer: 20

4 (20.0%): Gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung durch Tarifbindung

2 (10.0%): Keine Förderung ohne Tarifbindung

8 (40.0%): Bessere Bezahlung für Freie

1 (5.0%): Verbandsklagerecht in das Urheberrecht

10 (50.0%): Mehr Schutz gegen Bedrohung

2 (10.0%): Besserer Informantenschutz und ein umfassendes Zeugnisverweigerungsrecht

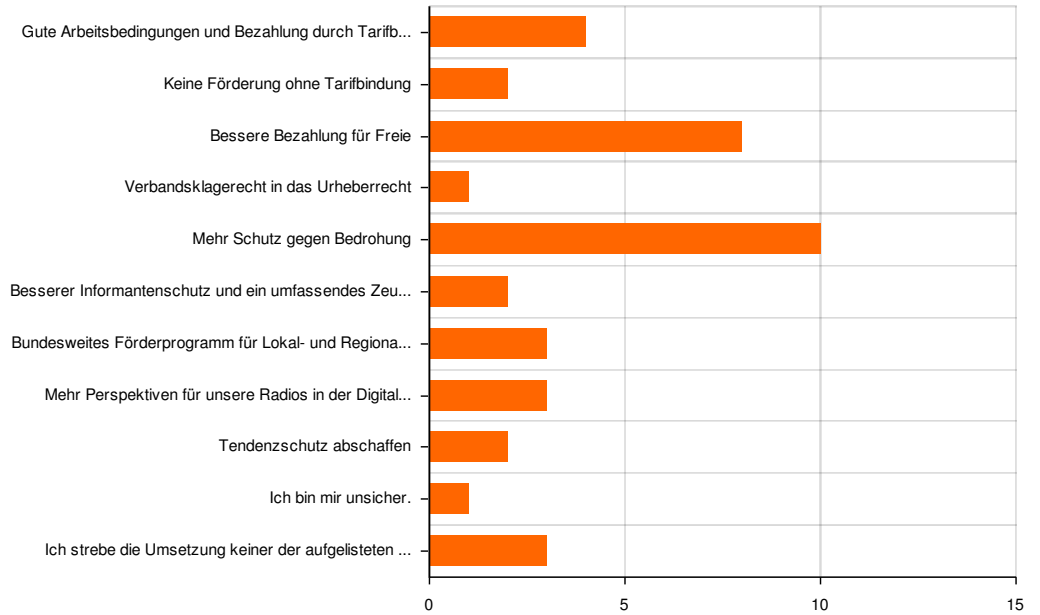
3 (15.0%): Bundesweites Förderprogramm für Lokal- und Regionaljournalismus

3 (15.0%): Mehr Perspektiven für unsere Radios in der Digitalisierung

2 (10.0%): Tendenzschutz abschaffen

1 (5.0%): Ich bin mir unsicher.

3 (15.0%): Ich strebe die Umsetzung keiner der aufgelisteten Forderungen und Ziele an.



13. Abschließend: Haben Sie weitere medienpolitische Ziele, die sie gemeinsam mit den Abgeordneten im Bundestag umsetzen wollen?

Gibt es außerdem noch etwas, das Sie uns und unseren journalistischen Kolleg:innen vor der Bundestagswahl am 26. September mitteilen möchten?

Anzahl Teilnehmer: 12

- Ich befürworte echte Demokratie. Diese geht einher mit Respekt, Achtsamkeit und Mut.

Die Meinung des anderen zu akzeptieren ist nicht zwingend gleichbedeutend damit, diese Meinung auch selbst zu vertreten, aber zumindest sollte man so innerlich gefestigt sein, diese Meinung zuzulassen. ( Akzeptanz)

Dies ist die Grundlage einer fairen Kommunikation für alle Beteiligten. Wahre Demokratie bedeutet für mich, alle



Parteien einzuladen und es dann auch "tragen" zu können, wenn tatsächlich auch die Vertreter aller Parteien zusagen.

In diesem Sinne. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

- Die AfD fordert die Abschaffung des bestehenden Rundfunkbeitrags und möchte stattdessen einen kostenlosen "Grundfunk" für alle.  
Die politische Beeinflussung durch die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten und ihre staatliche garantierte Finanzierung in Höhe von 8 Mrd.€ jährlich durch einen Rundfunkbeitrag, der von jedem Haushalt gezahlt werden muß, ist für uns nicht hinnehmbar. Erst recht ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen, die die Zahlung des Rundfunkbeitrags verweigern, wie Georg Thiel aus Münster, dafür in Beugehaft genommen werden - Herr Thiel ist schon seit fünf Monaten inhaftiert!
- Ich rufe alle Journalisten dazu auf, fair und ausgewogen zu berichten, auch wenn dies im Einzelfall berufliche Nachteile mit sich bringt. Im persönlichen Gespräch mit Journalisten stelle ich immer wieder fest, dass die Art der Berichterstattung oftmals von den Redaktionen vorgegeben wird und der einzelne Journalist eben nicht mehr frei berichten kann. Der Artikel wird im Notfall umgeschrieben oder ganz gestrichen. Es bedarf meiner Ansicht einer Stärkung des freien Journalismus.
- Ich werde mich für eine deutliche Verschlankung und Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stark machen. Des Weiteren werde ich für die Abschaffung der GEZ-Zwangsgebühr plädieren.
- Die meisten Mediengestalter, in welcher Form auch immer, machen einen guten Job. Dennoch bemängelt werden kann die eindeutige Tendenz in eine diffamierende Richtung ganz gleich welcher Couleur.  
Ebenso viele Mediengestalter sollten sich wieder auf das beschränken, was einst die Aufgabe der Medien war - NEUTRALE Berichterstattung und sämtliche persönliche als auch humanistische Bewandnis unterlassen.

Persönlich wünsche ich mir ein mehr Miteinander als gegeneinander wie jetzt zuletzt aus der Hochwasserkatastrophe gelernt !

- Ich nutze die Gelegenheit zu einer Erläuterung einzelner Antworten: Selbstverständlich haben alle Journalisten einen Anspruch auf einen möglichst umfassenden Schutz vor Bedrohung. Aber der ist zum einen ja grundsätzlich auch durch die allgemeinen Gesetze gegeben, und zum anderen ist für mich nicht nachvollziehbar, warum Journalisten anders geschützt werden sollten als z.B. Personen, die sich ehrenamtlich politisch engagieren. Für eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann ich nicht sein, da ich dessen Berichterstattung zu häufig als einseitig und tendenziös erlebe. Die öffentlich-rechtlichen Medien haben es aber selbst in der Hand, mich durch eine ausgewogene und alle wesentlichen Richtungen gleichermaßen beachtende Berichterstattung von einer anderen Sicht zu überzeugen; nebenbei bemerkt wäre das auch für das Publikum interessanter und nicht nur deshalb ein Dienst an der Demokratie.
- Der öffentlich rechtliche Rundfunk sollte verschlankt werden, da er einfach zu viele Radio- und Fernsehsender hat .Die Rundfunkgebühren sollten aus Steuermitteln geleistet werden. Ich kenne noch Zeiten wo einige Sender noch gereicht haben. Ich habe damals noch das DDR Sandmännchen geschaut.
- Auch in der Medienbranche sollte es freien Wettbewerb geben. Journalisten, ebenso wie Berufspolitiker, mit garantiertem Einkommen, können die Probleme der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft nicht nachvollziehen und neigen zu einer realitätsfernen Blasenbildung. Journalisten sind auch vor Angriffen, besonders auf ihre Existenz, zu schützen, wenn sie einmal die Regierung oder Konzerne kritisieren. Der öffentlich rechtliche Rundfunk mit seinen Traumgehältern erfüllt schon lange nicht mehr seinen Auftrag und gehört abgeschafft. Auch er beutet freie Journalisten aus, die für ihn die eigentlich Arbeit machen. Das ist nicht akzeptabel.
- Berichtet endlich wieder ausgewogen und sachlich pro und Contra-
- Unabhängiger Journalismus sollte wirklich unabhängig sein. Eine neutrale und ausgewogene Berichterstattung ist insbesondere auch in den ÖRR-Leitmedien konsequent zu beachten.
- Grundsätzlich sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seinen Strukturen, seinen Inhalten und seiner Distribution auf den Prüfstand gestellt werden. Wir, das heißt ich - zurzeit medienpolitischer Sprecher der AfD Fraktion - und die Fraktion werden in der neuen Legislatur eine Enquete-Kommission beantragen, die die notwendigen Fragen und Bedingungen - auch unter Einbezug von Wissenschaftlern und der Länderzuständigen - zu klären hat.
- Ich sehe die Meinungsvielfalt generell bedroht. Journalisten praktizieren zunehmend einen Haltungsjournalismus anstelle einer objektiven Berichterstattung. Es fehlt die kritische Distanz zu Regierung und Politik.

